

**Öffentliche Sitzung**  
des Sozialausschusses  
am Mittwoch, den 05.02.2020  
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:03 Uhr

Ende: 18:36 Uhr

**Anwesend:**

**stellv. Vorsitzender**

Herr Bürgermeister Julius Mihm ab 17:03 Uhr.

Herr Erster Bürgermeister Dr. Joachim Bläse bis 17:03 Uhr.

**CDU**

Herr Stadtrat Christian Baron bis 17:30 Uhr.

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Thomas Krieg

**SPD**

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

**Die Linke**

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis bis 17:25 Uhr.

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Brigitte Abele

**Integrationsbeirat/rätin**

Frau Integrationsbeirätin Dragana Damjanovic-Schachner

Frau Integrationsbeirätin Aslihan Dosgül

Frau Integrationsbeirätin Natallia Rau

**Verwaltung**

Herr Klaus Arnholdt zu TOP 1

Herr René Bantel

Frau Laura Ehinger bis 17:54 Uhr.

Frau Christine Hüttmann

Herr Dieter Lehmann

Herr Helmut Ott

Herr Hans-Peter Reuter

Herr Thilo Störzer

Frau Sema Toykan

**Abwesend:**

**CDU**

Frau Stadträtin Daniela Dinser

**Die Linke**

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

**FDP/FW**

Frau Stadträtin Nora Kasüschke

## Tagesordnung

=====

- 1** Übergang Schule-Beruf - Bericht zu aktuellen Projekten und Maßnahmen sowie weitere Finanzierung der Projekte Zukunft und ZukunftGYM
- 2** Das Projekt "#Digital inklusiv im Quartier Oststadt + Hardt + Altstadt" im Rahmen von BI-WAQ IV - Sachstandsbericht
- 3** Projekt „Ressourcenorientierter Hausbesuch und sorgende Gemeinschaft“ - Abschlussbericht
- 4** Bekanntgaben
- 4.1** Wohngeldreform
- 5** Anfragen
- 5.1** Remsbrücke

Erster Bürgermeister Dr. Bläse begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse verlässt die Sitzung nach Aufrufen des Tagesordnungspunktes 2 und übergibt die Sitzungsleitung an Bürgermeister Mihm.

**zu 1      Übergang Schule-Beruf - Bericht zu aktuellen Projekten und Maßnahmen sowie weitere Finanzierung der Projekte Zukunft und ZukunftGYM**  
**Vorlage: 268/2019**

**Protokoll:**

Erster Bürgermeister Dr. Bläse begrüßt Herrn Arnholdt und Frau Toykan und führt in den Sachverhalt ein.

Herr Arnholdt ergänzt, dass man den Eigenanteil habe, um Präsenz an den Schulen zu zeigen. Das Projekt laufe in enger Abstimmung mit den Schulleitungen.

Frau Toykan präsentiert das Thema „Schule-Beruf“ (Präsentation siehe Anlage).

Erster Bürgermeister Dr. Bläse bedankt sich bei Frau Toykan für den Vortrag. Er ist sehr dankbar für die Zahlen, sieht die steigende Zahl an BK1-Schülern aber kritisch. Die Eltern hätten dazu beigetragen, dass es keine Hauptschule mehr gebe und alle studieren wollen. Die Gesellschaft sei hierfür verantwortlich. Man sei gefordert, dass man den Ausbildungsberufen wieder einen Wert gebe.

Stadträtin Barthle/CDU bedankt sich für die ausführliche Vorlage. Die Vorlage des Gymnasiums sei sehr erschreckend, die Gymnasiasten benötigen genauso viel Unterstützung wie die Realschüler. Sie erkundigt sich, wie lange die Unterstützung laufe und warum man das Parler-Gymnasium und nicht das Scheffold-Gymnasium ausgewählt habe.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erklärt, dass er nicht urteilen möchte. Dies sei die Orientierungsphase, die jungen Menschen benötigen. Vielen tue dies gut.

Frau Toykan ergänzt, dass je nach Studienwunsch ein soziales Jahr auch unterstützen könne.

Stadträtin Barthle/CDU betont, dass es wichtig sei, dass die berufliche Bildung in den Gymnasien einen genauso hohen Stellenwert wie in anderen Schularten haben solle.

Herr Arnholdt erklärt, dass man das Parler-Gymnasium und das Hans-Baldung-Gymnasium als Tandem gesehen, daher habe man diese als Pilotprojekt ausgewählt.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ebenfalls für die sehr

umfassende Darstellung. Man habe ein Problem bei den Schullaufbahnen. Er halte die Berufsbegleiter/innen für sehr wichtig. Er möchte wissen, wie viele Schülerinnen und Schüler in die Sprechstunden kommen, wie viele einmal beraten und wie viele länger begleitet werden. Außerdem interessiert ihn, ob die Berufsbegleiterinnen auch aktiv in Elternabenden und Lehrerkonferenzen vertreten sind, um sich und ihre Arbeit und die Lebenswege vorzustellen.

Frau Toykan antwortet, dass die Berufsbegleiterinnen ein Teil der Schulgemeinschaft seien. Es gehöre daher dazu, dass sie sich vorstellen. Sie seien in der Schule präsent und arbeiten mit den Lehrern zusammen. Der Austausch sei gegeben und die Angebote seien bei den Eltern bekannt. Die Fallzahlen liegen vor, diese habe sie allerdings nicht dabei.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen hakt nach, wie ausgelastet diese seien.

Herr Dengler erklärt, dass diese sehr ausgelastet seien.

Stadträtin Wertner-Penteker/SPD erkundigt sich, ob es Absprachen mit weiteren Kooperationspartnern der Schule gebe oder ob das Angebot auf die Schule beschränkt sei.

Frau Toykan antwortet, dass das schulspezifisch sei. Die erste Anlaufstelle sei die Schule, dann die Kooperationspartner der Schule und die Agentur für Arbeit.

Stadtrat Dionyssiotis/Die Linke erklärt, dass er die Arbeit der Jugendbegleiterinnen kenne. Es helfe den Kindern wirklich, den richtigen Weg zu finden. Er appelliert, dass man die Gymnasien nicht vergessen solle.

Stadtrat Baron/CDU ist verblüfft über die Übergangszahlen an Gymnasien. Er interpretiert, dass ungefähr die Hälfte der Abiturienten das Jahr nehmen, um sich zu orientieren, ein Freiwilliges Soziales Jahr/Bundesfreiwilligendienst zu absolvieren oder ins Ausland zu gehen. 45 Prozent gehen nicht den klassischen Weg in ein Studium/in eine Ausbildung, was man mit G8 eigentlich erreichen wollte. G8 halte er damit für einen Fehler, man habe daher 17-jährige Studenten, die sich nicht einmal alleine an der Universität einschreiben könnten. Für die Schulentwicklungsplanungen hält er das für ein wichtiges Merkmal, was die Entscheidung für G8 und G9 betreffe.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erklärt, dass das Ziel, dass junge Menschen durch G8 früher ins Berufs- und Erwerbsleben einsteigen, nicht erreicht worden sei. Aber egal ob man G8 oder G9 mache, die Leute bräuchten die Orientierung. Unterschiedliche soziale Gruppen oder unterschiedliche Bildungsmilieus würden im Verein zusammenkommen, bei einem sozialen Jahr müsse man sich ebenfalls mit unterschiedlichen Gesellschaftsschichten auseinandersetzen.

Stadtrat Schneider/CDU erkundigt sich, was mit den Kindern ohne Abschluss passiere und ob man Erkenntnisse habe, wie viele Kinder psychisch betreut werden müssen oder nicht am Unterricht teilnehmen.

Herr Dengler (Schulleiter der Schiller-Realschule) antwortet, dass Kinder, die weiterhin schulpflichtig seien, an eine berufliche Schule wechseln, um dort einen Abschluss zu

machen. Es seien nicht viele, bei ihm unter 5 Prozent der Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen haben. Hier sei dann AV dual dafür vorgesehen. Er äußert, dass die Berufsbegleiterinnen über die Schule hinaus arbeiten und die Schüler weiter begleiten. Zu den in psychischer Betreuung befindlichen Kindern gebe es nur allgemeine Zahlen, nicht zu Schwäbisch Gmünd.

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen möchte wissen, ob es auch Zahlen zu den Studienabbrechern gebe.

Frau Toykan erläutert, dass es Statistiken gebe, aber nicht auf Schwäbisch Gmünd bezogen.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse meint, rund 25 Prozent, es könnte aber auch mehr sein.

Frau Rau (Integrationsbeirat) erkundigt sich, ob bei den Übergangsquoten zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden werde.

Frau Toykan erklärt, dass man nur eine allgemeine Abfrage habe, dazu gebe es keine Zahlen.

Herr Dengler ergänzt, dass man vom Wirtschaftsministerium eine Abfrage bekommen habe, die Auswertung liege aber noch nicht vor.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Fortführung der Berufsorientierungsangebote durch das Projekt ZUKUNFT an den weiterführenden Schulen der Sekundarstufe, sowie der Berufsorientierungsangebote durch das Pilotprojektes ZUKUNFT<sup>GYM</sup> an zwei Gmünder Gymnasien wird zugestimmt.

Der Mitfinanzierung des Projekts durch die Stadt Schwäbisch Gmünd mit einem Eigenanteil in Höhe von 55 400,- Euro wird zugestimmt.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40

nachrichtlich an Amt:

zu 2 **Das Projekt "#Digital inklusiv im Quartier Oststadt + Hardt + Altstadt" im Rahmen von BIWAQ IV - Sachstandsbericht**  
**Vorlage: 012/2020**

**Protokoll:**

Erster Bürgermeister Dr. Bläse begrüßt Bürgermeister Mihm, übergibt die Sitzungsleitung an ihn und verlässt die Sitzung.

Bürgermeister Mihm begrüßt Herrn Lehmann.

Herr Lehmann führt in den Sachverhalt ein und bedankt sich bei Frau Hüttmann für die geleistete Arbeit.

Frau Hüttmann und Herr Störzer stellen das Projekt vor (Präsentation siehe Anlage).

Frau Hieber erklärt, dass man den Leerstand in der Vorderen Schmiedgasse nutzen werde, um das Thema Nachhaltigkeit zu bewerben. Man habe hierfür Kooperationspartner (GOA, Stadtwerke, HfG) gefunden.

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob es Zielvorgaben bei der Bekämpfung von Leerstand gebe.

Frau Hieber antwortet, dass man eine interne Leerstands-Datenbank habe, hier seien derzeit 30 Objekte gelistet.

Herr Lehmann ergänzt, dass es keine Kennzahl für das Leerstands-Management gebe.

Bürgermeister Mihm äußert, dass die Stadt das Thema sehr beschäftige.

Stadträtin Wertner-Penteker/SPD bedankt sich für die Präsentation. Sie erkundigt sich, ob es in der Oststadt ein zweites Stadtteilbüro gebe. 2018 habe man im Sozialausschuss beschlossen, dass das Stadtteilbüro in der Oststadt gestärkt werde. Sie möchte wissen, ob es hier bereits eine Tendenz gebe.

Herr Lehmann erklärt, dass man probieren wolle, ob der Unipark bestimmte Bürger anziehe, die man im Stadtteilbüro Ost nicht begrüßen konnte. Da müsste man erstmal abwarten. Man müsse nicht Angst haben, dass die Stadtteilkoordination in irgendeiner Weise zu wenig leiste. Man wolle die Stadtteilkoordination stärken und versuchen, die Stellenanteile zu erhöhen.

Stadträtin Dr. Kosin/Freie Wähler Frauen findet es sehr lobenswert, was hier alles gemacht werde. Sie möchte wissen, warum man nur Leute über 27 Jahren berate. Das Geld sei nur bis 2022 gesichert, daher möchte sie wissen, wie man danach damit umgehe, da sie hier keine Nachhaltigkeit erkenne.

Frau Hüttmann antwortet, dass die Altersbegrenzung Vorgabe des Projektgebers sei.

Herr Lehmann ergänzt, dass der Weg des Projektes gut sei, da man dann motivierter

sei. Das Prinzip sei, dass man mit anderen Kommunen konkurriere. Wo anders sei das Prinzip genauso, man sei Teil des Ganzen.

Herr Störzer erläutert, dass man eine Chance auf BIWAQ 5 habe, wenn man gute Arbeit leiste.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50

nachrichtlich an Amt:

**zu 3      Projekt „Ressourcenorientierter Hausbesuch und sorgende Gemeinschaft“ -  
Abschlussbericht  
Vorlage: 006/2020**

**Protokoll:**

Herr Lehmann begrüßt Frau Bublitz und Frau Hoffmann und erläutert auf die Vorlage.

Frau Hoffmann und Frau Bublitz erläutern den Ablauf bei Hausbesuchen.

Stadträtin Risel/CDU bedankt sich für die geleistete Arbeit. Diese sei sehr wichtig. Es sei sehr schade, wenn es jetzt wegfalle, viele seien noch gar nicht angeschrieben worden. Sie hoffe, dass es sich so herumgesprochen habe, dass die Leute von selbst kommen.

Stadtrat Hirsch/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ebenfalls. Es sei wichtig, eine breite Palette an Zugängen zu haben, um an die Menschen heranzukommen. Man sollte für Strukturen sorgen, die das Projekt absichern.

Stadtrat Dr. Beck/SPD bedankt sich ebenfalls für die Darlegungen. Er erkundigt sich, ob es eine Vernetzung zur Kirchengemeinde gebe.

Herr Lehmann äußert, dass der allgemeine Trend sei, dass sich viele Kirchen aus den Quartieren zurückgezogen haben, da sie es oft personell nicht stemmen könnten.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass den Kirchen oft Handlungsmöglichkeiten fehle. Die Zusammenarbeit sei sehr wichtig, er würde sich gerne mit Frau Bublitz zusammensetzen um zu schauen, was möglich sei.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bringt zum Ausdruck, dass das Leben oft konkret sei. Man sei nur zwei Tagen die Woche erreichbar, man arbeite dort mit den Kirchen sehr gut zusammen.

Frau Hoffmann antwortet, dass man gut vernetzt sei, sodass immer jemand erreichbar sei.

Stadtrat Maihöfer/CDU bedankt sich ebenfalls für die Worte. Er äußert, dass es besser sei, die Leute anzurufen statt anzuschreiben. Wenn man vor Ort gehe, lerne man Menschen kennen. In Herlikofen habe man hier ein gutes Netzwerk, wenn es Probleme gebe.

Stadtrat Geiger/CDU erläutert, dass das Problem der Stadtteil sei. Es sei sehr schwierig, an die Bedürftigen heranzukommen, daher sei es sehr schade, dass es nicht flächendeckend sei.

Frau Rau (Integrationsbeirat) fragt, ob es auch Zahlen zu den besuchten Menschen mit Migrationshintergrund gebe, ob es Sprachbarrieren gegeben habe und ob Kooperationspartner mit einbezogen worden seien.

Frau Hoffmann erklärt, dass sie keine Zahlen habe. Bei ihren Besuchen habe es aber nie Probleme gegeben, die Menschen hätten immer selbst für Dolmetscher gesorgt.

Frau Damjanovic-Schachner erkundigt sich, bei welchen Nationalitäten es den meisten Bedarf gebe.

Herr Lehmann erklärt, dass man hier aufgrund der Fallzahlen keine Aussagen treffen könne. Der Ausgangspunkt sei immer das Alter, nicht die Nationalität gewesen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50  
nachrichtlich an Amt:

#### **zu 4      Bekanntgaben**

#### **zu 4.1    Wohngeldreform**

##### **Protokoll:**

Herr Reuter gibt bekannt, dass es zum 1. Januar 2020 eine Wohngeldreform gegeben habe. Es gebe eine deutliche Erhöhung des Wohngeldes und es können nun auch mehr Haushalte in Anspruch nehmen. Es gebe nun eine Dynamisierung, das Wohngeld werde alle zwei Jahre automatisch angepasst. Der Nachteil sei, dass man derzeit sehr hohe Bearbeitungszeiten habe. Er wirbt dafür, auf die Änderungen aufmerksam zu machen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50  
nachrichtlich an Amt:

**zu 5      Anfragen****zu 5.1    Remsbrücke****Protokoll:**

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen erläutert, dass man im Gemeinderat am 12.02.2020 die Vergabe der Remsbrücke beschließen sollte. Es sei angeregt worden, einen Radweg einzuplanen, dies sei aufgrund einer nachhaltigen Verkehrspolitik notwendig. Aus den vorliegenden Unterlagen sei allerdings nicht ersichtlich, ob dies eingeplant worden sei.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass die Brücke vom Land saniert werde, man könne die Planung nicht nochmals ändern oder gar die Brücke bereits bauen. Was man aber machen könne, sei, eine entsprechende Geländeeranpassung vorzunehmen. Außerdem gebe es dann immer noch die Möglichkeit einer Verkehrsschau bei der fertiggestellten Brücke, um dann eine optimale Möglichkeit für den Radfahrer herzustellen. Die Radfahrer könnten auch den Gehweg nutzen, dort kein Fußgängerverkehr bestehe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Bürgermeister Mihm die öffentliche Sitzung.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66, 30

nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Erster Bürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat:

Gesehen!

Den .....  
Stadtkämmerei: